

Protokoll

Arbeitsgruppe zur Parlamentarischen Befassung des Bahnprojekts Fulda–Gerstungen 4. AG-Sitzung

Gremiensitzung vor Ort
15. Januar 2025

Protokollentwurf der 4. Sitzung der Arbeitsgruppe Parlamentarische Befassung des Bahnprojekts Fulda–Gerstungen vom 15. Januar 2025

Ort: Haunehalle Burghaun, Wehrstraße 5, 36151 Burghaun
Dauer: 13.00 Uhr – 16.00 Uhr
Moderation: Dr. Hanna Seitz, ifok
Regie: Tobias Gruhn, ifok
Protokoll: Kristina Goldacker, ifok

Tagesordnung

1. Rückblick seit der letzten AG-Sitzung
2. Aktueller Stand Parlamentarische Befassung
 - 2.1 Vorstellung durch Kommunen HEF
 - 2.2 Vorstellung durch Aktivbündnis Waldhessen
3. Arbeit in Workcafés
4. Vorstellung der Ergebnisse
5. Sonstiges
6. Ausblick

Anlagen zum Protokoll

- Anlage 1 [Präsentation der DB InfraGO AG](#)
Anlage 2 [externe Präsentation zu Forderungen der Kommunen des Landkreises Hersfeld-Ro-
tenburg](#)

Kommentiert [KG1]: Link zu ergänzen

Begrüßung

Einführung durch die Moderation

Dr. Hanna Seitz, die Moderatorin der ifok GmbH, begrüßt die Mitglieder und das anwesende Projektteam der DB InfraGO AG zur 4. Sitzung der Arbeitsgruppe Parlamentarische Befassung (AG PaBe) des Bahnprojekts Fulda–Gerstungen. Frau Dr. Seitz begrüßt die beiden neuen Mitglieder in der AG PaBe und weist darauf hin, dass heute eine zweite Person einer Organisation an der Sitzung teilnimmt und bittet die Anwesenden um eine einmalige Genehmigung.

Begrüßung durch die Marktgemeinde Burghaun

Dieter Hornung, Bürgermeister der Marktgemeinde Burghaun, begrüßt die Teilnehmenden. Er freut sich über das Interesse und das zahlreiche Erscheinen. Er erklärt, dass Burghaun durch den Ausfädelungspunkt als einzige Kommune im Landkreis Fulda vom Bahnprojekt Fulda–Gerstungen betroffen sein wird. Durch die Bahnverbindung durch das Haunetal werde insbesondere im Bereich Rothenkirchen die Notwendigkeit von Lärmschutzmaßnahmen deutlich. Herr Hornung wünscht eine erfolgreiche Sitzung.

Begrüßung durch die DB InfraGO AG

Jochen Stütting, Projektleiter des Bahnprojekts Fulda–Gerstungen, begrüßt die Teilnehmenden der AG PaBe im Namen der DB InfraGO AG. Herr Stütting bedankt sich bei Herrn Hornung für die Bereitstellung der Räumlichkeiten. Herr Stütting erklärt, dass bei der DB InfraGO kurzfristig Papiere mit Vorschlägen für Kernforderungen angekommen sind. Diese Papiere wurden in die Agenda integriert und es wurden daher andere Themen zurückgestellt. Die DB InfraGO möchte den Teilnehmenden eine Arbeitsplattform bieten, weshalb heute neben der Vorstellung möglicher Kernforderungen durch zwei Organisationen Zeit für den Austausch in Kleingruppen vorgesehen ist. Herr Stütting wünscht einen guten und konstruktiven Nachmittag.

Agenda

Die Moderatorin Frau Dr. Seitz stellt die Agenda vor (Anlage 1, S. 3). Zur Tagesordnung gibt es aus dem Kreis der Teilnehmenden keine Einwände oder Ergänzungen.

TOP 1 Rückblick seit der letzten AG-Sitzung

Frau Dr. Seitz berichtet, dass Frau Bürgermeisterin Hofmann, wie in der 3. Sitzung der AG PaBe im September 2024 beschlossen, gegenüber der Presse von der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe informiert hat (Anlage 1, S. 5).

Frau Dr. Seitz stellt das weitere Vorgehen bezüglich des Live-Protokolls zur Abstimmung. Die Teilnehmenden stimmen dafür, dass künftig in der AG PaBe das Protokoll der Sitzung im Nachgang an die Teilnehmenden versendet und in der darauffolgenden Sitzung verabschiedet werden soll.

Herr Stütting berichtet, dass aufgrund der ausgefallenen Sitzung im November 2024 die DB InfraGO zur Unterstützung der Region bei der Formulierung der Kernforderungen einen Leitfaden entwickelt und an die Teilnehmenden versendet hat.

TOP 2 Aktueller Stand Parlamentarische Befassung

Herr Stütting erläutert den aktuellen Stand der Generalsanierung: Die Reihung der Korridore wurde angepasst und bis einschließlich 2028 ist der Korridor Fulda–Bebra nicht in der aktuellen Planung enthalten, d. h. der Korridor wird später als bisher vorgesehen saniert.

Herr Stütting erläutert am Beispiel des Bahnprojekts Kurve Kassel, wie dort die Kernforderungen zur Parlamentarischen Befassung formuliert wurden (Anlage 1, S. 7-8). Er betont, dass ein zentraler Bestandteil der Forderungen die Zuständigkeit des Bundes ist. Im Anhang der Forderungen seien Details zu den genannten Forderungen sowie die Kosten beschrieben worden. Dabei sei zu prüfen, ob die Forderung fachlich und genehmigungsrechtlich umsetzbar ist. Aus den Forderungen müssten zudem die Kosten abgeleitet werden können.

Wurde die Generalsanierung nur aus finanziellen Gründen verschoben? Welche Auswirkungen hat die Verschiebung auf den Bahnverkehr?

Die Verschiebung hat nicht nur finanzielle Gründe. Dies sei zwar der Hauptgrund, aber auch bahnbetriebliche Faktoren wie Umleitungsstrecken, d. h. Ressourcen für den Bahnverkehr, hätten zur Entscheidung beigetragen. Als Auswirkung ist zu nennen, dass die Strecke Fulda–Bebra später saniert wird. Die Finanzierungssicherheit bis 2028 sei gut und es sei den Umständen geschuldet, dass nicht mehr Korridore in diesem Zeitraum saniert werden können.

Viele Teilnehmende sind am Thema Lärmschutz interessiert, dies war auch bei der Parlamentarischen Befassung zur Kurve Kassel ein zentrales Thema. Insgesamt sollten Beispiele von anderen Projekten berücksichtigt werden, damit in den Forderungen für Fulda–Gerstungen klug argumentiert und gut begründet werden kann.

Auch aus Sicht der DB InfraGO ist es sinnvoll, Best Practice-Beispiele anderer Projekte anzuschauen und zu berücksichtigen. Beim Projekt Kurve Kassel wurden Maßnahmen nach der Lärmvorsorge gefordert und Maßnahmen nach der Lärmsanierung durch den Bund bewilligt.

In Bad Hersfeld geht es nicht nur um die Sanierung, sondern grundlegende Veränderungen, daher sollte dieser Streckenabschnitt nicht mit dem Rest der Strecke verglichen werden.

Zur Terminierung der Generalsanierung: Es ist unzumutbar, dass die Bundespolitik der DB InfraGO so wenig Planungssicherheit gibt und die Budgets jährlich neu verhandelt werden müssen. Planungssicherheit wäre an dieser Stelle wichtig. Bei der Generalsanierung der Riedbahn (Frankfurt–Mannheim) waren andere Voraussetzungen gegeben, dort gab es gute Umleiterstrecken. Es ist eine fachliche Betrachtung für die Reihenfolge für die Generalsanierung nötig.

2.1 Vorstellung durch Kommunen HEF

Ein Mitglied der AG PaBe stellt als Vertreter der Kommunen des Landkreises Hersfeld-Rotenburg die formulierten Forderungen der Kommunen vor. Dabei geht das Mitglied auf die Themen Lärmschutz, Netzplanung, Schließen ebenerdiger Bahnübergänge, Reaktivierung und Erhaltung von Bahnhaltepunkten, Anbindung des ICE-Bahnhof Bad Hersfeld, PV-Anlagen sowie einzelne Forderungen von Gemeinden ein. Dabei stellt der Vertreter der Kommunen aus seiner Sicht jeweils einen Bezug zum Neubauvorhaben dar, begründet die Bundeszuständigkeit und nimmt eine Priorisierung der Maßnahmen vor. Die Präsentation ist dem Protokoll angehängt (Anlage 2).

Was bedeutet die Nummer der Strecke 3818?

Der Name 3818 ist die bereits festgelegte Streckenbezeichnung für die Neubaustrecke Fulda–Gerstungen.

Zwischen der Stadt Bad Hersfeld und der DB InfraGO gibt es eine Kooperationsvereinbarung zu Schallschutzmaßnahmen. Ein Teil davon ist, dass die DB InfraGO verschiedene Varianten für den Schallschutz erarbeitet. Für die Stadt Bad Hersfeld besteht der Wunsch auf folgende Ergänzung der Kernforderungen: Es soll ein Passus hinzugefügt werden, dass die Mehrkosten für eine teurere Schallschutz-Variante als Kernforderung in die Parlamentarische Befassung eingebracht werden.

Im Beteiligungsforum wurde die Kooperationsvereinbarung, die parallel zur Parlamentarischen Befassung läuft, angekündigt. Sie ist kein Bestandteil der Parlamentarischen Befassung. Beim Formulieren der Forderungen sollte bedacht werden, ob es sich um Punkte handelt, die noch nicht geregelt sind. In der Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Bad Hersfeld geht es um Lärmschutz (Lärmvorsorge) und insbesondere darum, wie bis zu 6 m hohe Schallschutzwände städtebaulich verträglich gebaut werden können.

Die DB InfraGO kann nicht über die Forderungen entscheiden. Wenn das Planungsteam die Forderungen der Region wirtschaftlich bewertet hat, werden diese an das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) weitergegeben. Danach werden die Forderungen von den MdBs im Bundestag behandelt. Die DB InfraGO hat demnach eine beratende Funktion und ist für die Ermittlung der Kosten zuständig.

Welche Rolle spielen die zuständigen Bundesministerien (Finanzen, Verkehr) bzw. wo werden die Argumente gewichtet?

Natürlich sind auch die Vorarbeiten auf Fachebene zum Beispiel im Verkehrsausschuss und in den Fachabteilungen der Bundesministerien wichtig. Daher ist im Leitfaden die Frage zur Zuständigkeit des Bundes enthalten. Zudem ist es wichtig, Erfahrungen aus anderen Projekten einfließen zu lassen.

Besteht die Möglichkeit, dass durch den Abschluss der Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Bad Hersfeld und der DB InfraGO Kernforderungen obsolet werden?

Diese Möglichkeit besteht grundsätzlich. Daher ist es notwendig die Kernforderungen und die vertraglich festgelegten Inhalte der Kooperationsvereinbarung miteinander abzugleichen. Generell sollten keine Maßnahmen gefordert werden, die im Planungsprozess (Planfeststellung) oder durch den Vertrag geplant oder realisiert werden.

Welche Möglichkeiten bestehen für Forderungen, die nicht die festgelegten Kriterien für Kernforderungen erfüllen?

Das Ziel der heutigen Workcafés soll sein, die eingereichten Forderungen zu konkretisieren und entsprechend dem Leitfaden für Kernforderungen zu formulieren. Falls Forderungen nicht in die Zuständigkeit des Bundes fallen, sollten für diese Forderungen die zuständigen Stellen ermittelt und adressiert werden.

2.2 Vorstellung durch Aktivbündnis Waldhessen

Ein Mitglied der AG PaBe stellt die vom Aktivbündnis Waldhessen formulierten Forderungen vor. Das Mitglied geht dabei auf die Themen Lärmschutz an der Bestandsstrecke und an der Neubaustrecke, Gesamtlärbetrachtung und die Anbindung des Bahnhofs in Bad Hersfeld ein.

TOP 3 Arbeit in Workcafés

Frau Dr. Seitz erläutert die geplanten Workcafés: In den drei Kleingruppen sollen die Teilnehmenden die Papiere mit Anregungen für die Parlamentarische Befassung bearbeiten und mögliche Kernforderungen herausarbeiten und formulieren (Anlage 1, S. 11).

Die Teilnehmenden teilen sich in die Bereiche Nord, Mitte und Süd auf und arbeiten in den Kleingruppen.

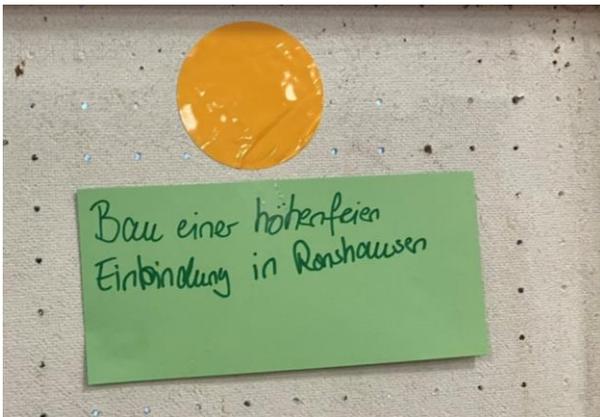
TOP 4 Vorstellung im Plenum

Die Arbeit in den Kleingruppen wird nicht im Protokoll dokumentiert.

Anschließend stellt ein Mitglied jeder Kleingruppe die erarbeiteten Ergebnisse im Plenum vor.

Ein Mitglied der Arbeitsgruppe Parlamentarische Befassung stellt die Ergebnisse aus dem Work Café zum Planungsbereich Nord vor:

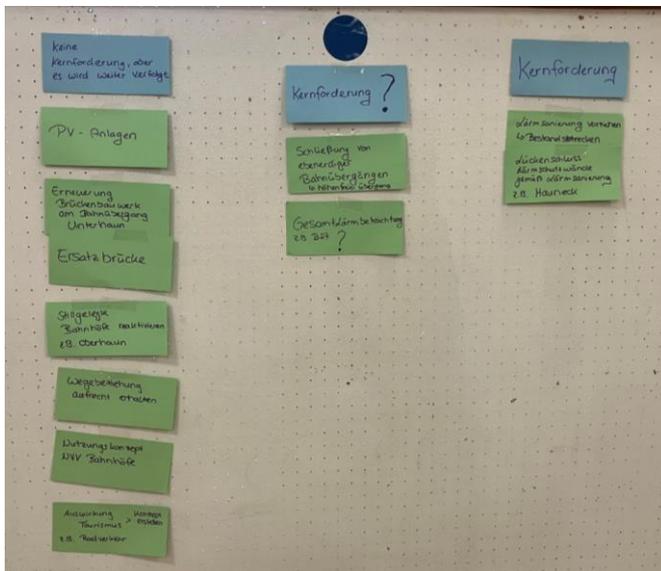
- Diejenigen Forderungen, die im Rahmen der weiteren Planung im Planfeststellungsverfahren ohnehin betrachtet werden, sollten aus den Papieren gestrichen werden.
- Es sei wichtig, dass die Forderungen monetär bewertet werden können. Dazu seien Abstimmungen mit dem Wirtschaftsministerium zu möglichen Förderungen für Tourismuskonzepte geplant.
- Gerstungen: Der Ersatz eines Bahnübergangs sollte gefordert werden. Es gebe zwar gesetzliche Regelungen dazu im Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG), wenn jedoch eine alternative Lösung für den Bahnübergang gewünscht ist, könnte dies nach Auffassung der Gruppe im Rahmen der Parlamentarischen Befassung erfolgen.
- Bahnübergang Ludwigsau Friedlos: Da der Bahnübergang auf der Zufahrt zur Abfaldeponie liegt, bestünde die Sorge vor langen Schließzeiten. Als Kernforderung sei daher aus Sicht der Gruppe eine Untersuchung, ob der Bahnübergang höhenfrei möglich wäre, aufzunehmen. Eine Option könnte sein, dass im Zuge der Planung und Umsetzung der Ortsumgehungsstraße von Friedlos (B27) die Beseitigung des Bahnübergangs mitbearbeitet werde.
- Ronshausen: Als Kernforderung sei eine höhenfreie Einschleifung herausgearbeitet worden (inkl. Neubewertung mit den Zugzahlen 2040).
- Lärmsanierung: Aus Sicht der Gruppe sollten zum aktuellen Zeitpunkt keine zu hohen Forderungen aufgestellt werden. Es sollte die Forderung aufgenommen werden, dass nach einer Berechnung des Schalls mit den Zugzahlen 2040 die Maßnahmen zum Schallschutz neu geprüft werden müssen.
- Wildeck: Die Lärmschutzwände sollten geprüft und ggf. ersetzt oder auf mindestens 3 m erhöht werden.



Fotodokumentation der Kleingruppe Nord

Ein Mitglied der Arbeitsgruppe Parlamentarische Befassung stellt als Vertreter der Kommunen die Ergebnisse aus dem Work Café zum Planungsbereich Süd vor:

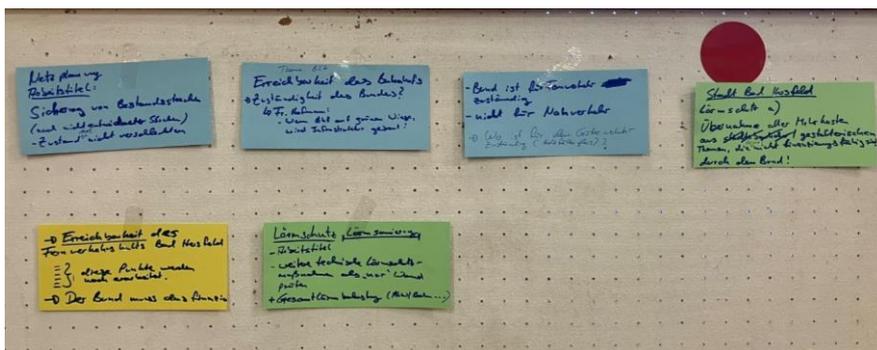
- Die Gruppe habe drei Kategorien gebildet: Kernforderung möglich/ Kernforderung eventuell möglich/ keine Kernforderung, aber das Thema sollte weiterverfolgt werden.
- Als Kernforderung möglich sind aus Sicht der Gruppe:
 - o Lärmsanierung zeitlich vorziehen
 - o Lückenschlüsse betrachten
- Als Kernforderung eventuell möglich sind aus Sicht der Gruppe:
 - o Schließen von ebenerdigen Bahnübergängen
 - o Gesamtlärbetrachtung
- Folgende Themen sieht die Gruppe weiterhin nicht als Kernforderung, die Themen sollten jedoch weiterverfolgt und konkretisiert werden:
 - o Reaktivierung Bahnhöfe (Oberhaun)
 - o Tourismuskonzept
- Die folgenden Themen sollen im Rahmen der Planfeststellung behandelt werden:
 - o PV-Anlagen
 - o Brückenbauwerk Unterhaun (eigenes PFV).



Fotodokumentation der Kleingruppe Süd

Ein Mitglied der Arbeitsgruppe Parlamentarische Befassung stellt die Ergebnisse aus dem Work Café zum Planungsbereich Mitte vor:

- Netzplanung: Der Zustand bestehender Strecken sollte sich nicht verschlechtern.
- B27/ Erreichbarkeit des Bahnhofs Bad Hersfeld: Die Zuständigkeit beim Bund sei fraglich, die Anbindung sei dennoch wichtig und aus Sicht der Gruppe ist eine weitere Beschäftigung mit dem Thema gewünscht.
- Die Gruppe habe sich gefragt, wer für Güterverkehr zuständig sei – beim Nahverkehr sei das Land und beim Fernverkehr der Bund zuständig.
- Die Stadt Bad Hersfeld verweist auf die Kooperationsvereinbarung und fordere die Übernahme aller Kosten für die Gestaltung von Schallschutzmaßnahmen.
- Die Stadt Bad Hersfeld möchte ein Verkehrskonzept aufstellen. Eine mögliche Finanzierungs-beteiligung durch den Bund sollte geprüft werden.
- Für alle Kommunen sollten Schallschutzmaßnahmen nach der Lärmsanierung gefordert werden (inkl. Gesamtlärbetrachtung).



Fotodokumentation der Kleingruppe Mitte

Herr Stütting fasst zusammen, dass er in den Kleingruppen sehr gute und konstruktive Gespräche erlebt hat. Er betont, dass bei der weiteren Arbeit darauf geachtet werden sollte, was andere Projekte in der Parlamentarischen Befassung nicht geschafft haben (zum Beispiel in Bezug auf das EKrG) und warum das Bahnprojekt Fulda-Gerstungen bei ähnlichen Forderungen mit der Begründung erfolgreich sein sollte.

Herr Stütting erläutert, dass die nächste Sitzung der AG PaBe aufgrund der Bundestagswahl erst Ende März möglich ist. Er erklärt, dass die Zeit bis dahin genutzt werden kann, um Teilergebnisse weiter auszuarbeiten. Dazu könnte der Leitfaden verwendet werden und es könnten Beispiele von anderen Parlamentarischen Befassungen genutzt werden.

TOP 5 Sonstiges

Frau Hofmann berichtet zum LärmLAB

Im Rahmen des Projekts LärmLAB sei geplant, insgesamt 72 Sensoren zur Schallmessung zu installieren. Die Auswahl der Standorte sei in Zusammenarbeit mit den Kommunen erfolgt. Erste Sensoren seien in Bad Hersfeld komplett installiert und freigeschaltet worden, sodass erste Messwerte übertragen wurden. Alle Vorarbeiten wie Verlegung von Erdkabeln, Stromanschlüsse, Masten wurden erledigt und die Sensortechnik sei montiert. Mit allen Standorten würden Gestattungsverträge geschlossen. Die Programmierung der Sensoren unterscheide zwischen verschiedenen Lärmquellen. Die Technische Hochschule Mittelhessen prüfe derzeit noch letzte Fragen zum Datenschutz und die Vorbereitung zur Visualisierung der Ergebnisse sei in Arbeit. Aufgrund von Verzögerungen bei Materialbestellungen, krankheitsbedingten Ausfällen und Mehraufwänden bei der Sensoraufstellung komme es zu Verzögerungen. Wenn etwa 20 bis 30 Sensoren installiert sind, könnten erste Auswertungen erfolgen. Dies werde vsl. im April der Fall sein.

TOP 6 Ausblick

Herr Stütting gibt einen Ausblick auf die kommenden Termine. Diese hängen vom Voranschreiten der technischen Planung ab. Voraussichtlich in Q2 2025 könnte die 14. Sitzung des Beteiligungsforums Fulda–Gerstungen stattfinden, darin sollen Teilergebnisse und neue Erkenntnisse vorgestellt werden. Für Q1/ Q2 ist die 5. Sitzung der AG PaBe vorgesehen (Anlage 1, S. 18).

Zur weiteren Zeitplanung nennt Herr Stütting das Ziel, Ende des Jahres die Vorplanung zu beenden. Dies bedeutet, dass nach den Sommerferien bzw. nach der Sommerpause der Redaktionsschluss für die Forderungen zur Parlamentarischen Befassung ist.

Aus dem Kreis der Teilnehmenden gibt es zum Ausblick keine Fragen oder Anmerkungen.

Verabschiedung

Frau Dr. Seitz und Herr Stütting bedanken sich bei allen Teilnehmenden und schließen die 4. Sitzung der Arbeitsgruppe Parlamentarische Befassung.